



Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei Nichtannahme...
Lagerlohn monatlich RM. 2.50...
48 Wg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren)...
bei Nichtannahme...
nummer 10 Wg., außerhalb Schicht 14 Wg.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 18/19. Fernruf 25251. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Obergerichtsamt Dresden.

Wochenausgabe 60 mm breite Grundgröße 26 Wg.,
außerdem 40 Wg. Anzeigenabteilung u. Redaktion nach
Kartell. Familienanzeigen und Stellenangebote er-
hältliche Preise. Off.-Verkehr 80 Wg. — Nachdruck
aus dem Druckmangelwerk Dresden Nachrichten.
Übernahme Schriftsätze verboten nicht aufnehmbar

Hitler über den Besuch in Neudeck

Schmitt und Darré auch Minister in Preußen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. Juni. Unter dem Vorbehalt des aus Neudeck zurückgekehrten Reichskanzlers Hitler fand am Freitagmorgen eine Kabinettsitzung statt. Der Kanzler begrüßte zunächst die neuernannten Minister Schmitt und Darré sowie den stellvertretenden Führer der NSDAP, Rudolf Heß, der zum ersten Male an einer Kabinettsberatung teilnahm. Im Anschluß an die Begrüßung sprach der Reichskanzler sein Bedauern über den Rücktritt Dr. Eugenbergs aus, dessen verdienstvolles Wirken in der deutschen Politik und insbesondere im Reichskabinett er noch in einem Schreiben zum Ausdruck bringen werde. Der Reichskanzler berichtete dann über seinen Besuch bei dem Herrn Reichspräsidenten in Neudeck und hob unter Hinweis auf die von Gegnern der Regierung in die Welt gesetzten Gerüchte über den angeblich schlechten Gesundheitszustand des Reichspräsidenten hervor,

daß er sehr erfreut gewesen sei über die Frische und Mäßigkeit sowie das gute Befinden des Reichspräsidenten, der dem Kabinett die besten Grüße und Wünsche übermittelt lasse.

Der preussische Ministerpräsident Brüning teilte mit, daß auf seinen Vorschlag vom Reichskanzler als Stellvertreter für Preußen Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit und Reichsernährungsminister Darré zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt worden sei. Damit ist die Personalunion zwischen den Wirtschaftsministerien des Reichs und Preußens wiederhergestellt.

Das Reichskabinett genehmigte dann die Ernennung des Diplomaten Göttsfeld Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und erklärte sich damit einverstanden, daß der bisherige Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, Vosse, zum zweiten Staatssekretär vorgeschlagen wird. Zum Schluß der Sitzung berichtete Dr. Schacht über die am Sonnabend in Kraft tretende Regelung des Transfers der Zinsen und Amortisationen der ausländischen Anleihen. Das Reichskabinett billigte diese Regelung, und Reichskanzler Hitler sprach dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht für

seine Bemühungen den Dank der Regierung aus. Die Einzelheiten der getroffenen Vereinbarungen werden am Sonnabend der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Das Bündnis Hindenburg-Hitler

Berlin, 30. Juni. Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz schreibt zum Besuch des Reichskanzlers Hitler in Neudeck: Der Besuch des Reichskanzlers Adolf Hitler beim Reichspräsidenten in Neudeck ist nicht nur bedeutsam wegen der notwendigen politischen Entscheidungen, die dort getroffen bzw. bestätigt wurden, sondern zum mindesten

ebenso bemerkenswert im Hinblick auf den freundschaftlichen Geist und die Einmütigkeit der Auffassungen, von denen diese Zusammenkunft im Hause des Reichspräsidenten in besonderem Maße beherrscht war.

Der von den innerpolitischen Faktoren, die die Wende zur neuen Zeit noch übriggelassen hat, etwa geglaubt hätte, seine Hoffnung auf etwas anderes als die Übervereinbarung des Reichspräsidenten mit dem Kanzler stellen zu können, der nach beiderseitiger Enttäuschung sein von der Harmonie und dem politischen Gleichklang der beiden Männer, der in diesen Tagen in Neudeck einen geradezu symbolischen Ausdruck gefunden hat.

Der Bund von Potsdam ist in Neudeck mitten im Reichen der Haren und folgerichtigsten Entwicklung, die unter innerpolitischen Bedenken selbstem genommen hat und nehmen mußte, für immer besiegelt worden.

Den vom Reichspräsidenten berufenen Männern des jungen Deutschlands wird das vertrauensvolle Einverständnis, das bei diesem ersten Besuche des Kanzlers beim Reichspräsidenten in Neudeck so häufig seinen Ausdruck gefunden hat, auf neue den Blick fähigen, mit ihrer ganzen Kraft an die noch bevorstehenden großen Aufgaben heranzutreten und die Entwicklung zur einheitlichen Neugestaltung des Staates auf dem eingeschlagenen Wege zu vollenden.

Der Reichspräsident zur Kirchenfrage

Ein Brief Hindenburgs an Hitler

Berlin, 30. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg hat an Reichskanzler Hitler in der Frage der Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preussischen Staatsregierung und der Leitung der preussisch-evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reiches mit ernster Sorge. Zahlreiche an mich gerichtete Telegramme und Anfragen bestätigten mir, daß die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinandersetzungen und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche aufs tiefste bewegt sind. Aus einer Forderung oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muß schwerer Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden.“

Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden.

Aus meiner gestrigen Besprechung dieser Fragen mit Ihnen weiß ich, daß Sie, Herr Reichskanzler, diesen Sorgen vollstes Verständnis entgegenbringen und bereit sind, auch Überseits zur Überbrückung der Gegensätze mitanzuhelfen. Deshalb habe ich die Zuversicht, daß es Ihrer staatsmännlichen Weisheit gelingen wird, durch Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden in Widerspruch befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche als auch mit den Vertretern der preussischen Landeskirchen und den Organen der preussischen Regierung den Frieden in der evangelischen Kirche wiederherzustellen und auf dieser Grundlage die angeordnete Einigung der verschiedenen Landeskirchen herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener von Hindenburg.

Reichskanzler Hitler hat den Reichsminister des Innern, Dr. Heß, bereits beauftragt, Verhandlungen im Sinne des vorstehenden Schreibens des Herrn Reichspräsidenten einzuleiten.

Der Neuaufbau der Kirche beginnt

Berlin, 30. Juni. Anlaßlich der Übernahme der Führung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes erläßt Bezirksbischof Müller einen Aufruf, in dem es heißt: Pflicht und Aufgabe ist mir, die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche so schnell wie möglich wiederherzustellen. Ich bitte alle evangelischen Christen um ihre Fürbitte; alle Berufenen, insbesondere die Führer der Kirchen, bitte ich um ihre Mitarbeit. Unser

Herr und Heiland verlangt von uns, daß wir in Liebe und Vertrauen den Neuaufbau der Kirche aufzuführen.

Die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche soll und muß sehr in kürzester Frist ausgearbeitet sein.

Dann soll das Kirchenvolk sein Ja sprechen, und ich kann zum Führer gehen und ihm sagen, daß die deutsche evangelische Kirche bereit ist zum Dienst an Volk und Vaterland in Gehorsam gegen das Evangelium. So erreichen wir, was wir alle ersehnen, was der Ruf der Stunde von uns verlangt. Gott helfe uns allen.

Der Reichsminister des Innern

hat an Bezirksbischof Müller ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. sagt: Nachdem mich der Reichskanzler mit der weiteren Behandlung der evangelischen kirchlichen Einigungsbestrebungen betraut hat und Sie über den Stand der Verhandlungen Bericht erstattet haben, ersehe ich aus diesem Ihren Bericht, daß das Einigungswerk bei treuer Mitarbeit der Beteiligten baldigst sein Ziel erreichen wird. Ich wünsche Ihnen für das unter Ihrer Führung stehende Werk vollen Erfolg und Gottes Segen. Ich habe das Vertrauen, daß Sie als Bevollmächtigter des Reichskanzlers das große Werk für Kirche und Volk zu einem guten Abschluß führen werden.

Der Oberkirchenrat an die Beurlaubten

Berlin, 30. Juni. Der kommissarische Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates hat an die Beurlaubten Generalsuperintendenten der Altpreußischen Landeskirche ein Schreiben gerichtet, in dem der Begriff der „Beurlaubung vom Amt“ dahin erläutert wird, daß die davon Betroffenen auch der der in Artikel 100 ff. der Verfassungsurkunde genannten Pflichten entbunden sind, sonderlich auch der Aufgabe, „Angriffe gegen die Kirche“ abzuwehren.

Das Staatsbegräbnis für SA-Mann Klein

Berlin, 30. Juni. Unter außerordentlich großer Beteiligung von SA, SS, Hitlerjugend, Stahlhelm, Abteilungen der NSDAP, wurde heute das dritte Opfer des marxistischen Ueberfalls in Köpenick, SA-Mann Wilhelm Klein, zu Grabe getragen. Unter den vielen Kranzspenden befand sich ein Kranz von lauter Rosen, den der Führer und Kanzler Adolf Hitler dem toten Kämpfer gewidmet hatte. Am Grabe sprach der stellvertretende Gauleiter von Berlin, Dr. Litzke, tiefempfundene Worte des Gedenkens. Solange Deutschland Schicksal habe, die bereit seien, fürs Vaterland ihr Leben dahinzugeben, werde es nicht untergehen. — Während die Erdhüllen langsam den Sarg bedeckten, erklang das Lied „Der Hakenkreuz“.

Der Ministerwechsel

Der Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten in Neudeck hat über die Neubesetzung der durch das Rücktrittsgesuch Eugenbergs freigewordenen Ministerien eine rasche Klärung gebracht. Daß der Rücktritt Eugenbergs vom Reichspräsidenten genehmigt wurde, stand außer Zweifel, nachdem mit der Selbstauflösung der Deutschnationalen Front das Totalitätsstreben des Nationalsozialismus seine praktische Verwirklichung gefunden hatte und natürlich auch am Reichskabinett nicht vorübergehen konnte. Unter diesen Umständen hat der Reichskanzler selbst die Bitte Eugenbergs, von seinen Ämtern entbunden zu werden, unterstützt. An die Stelle Eugenbergs treten zwei neue Minister, der bisherige Generaldirektor der Alliana, Schmitt, und der Führer der Deutschen Bauernfront, Walter Darré. Damit ist das Reichswirtschafts- und das Reichsernährungsministerium wieder in getrennte Hände gekommen. Es war bekanntlich eine Hauptforderung Eugenbergs, daß die beiden Wirtschaftsministerien unter einheitlicher Leitung stehen müßten, weil sich nur so die namentlich in den letzten Krisenjahren immer stärker werdenden Gegensätze zwischen den Exportinteressen der Industrie und dem Schutzbefürsnis der Landwirtschaft ausgleichen und in eine höhere Einheit des nationalwirtschaftlichen Gesamtinteresses überführen ließen. Es ist noch in selbiger Erinnerung, daß diese Gegensätze in der Zeit Brüning und dann besonders unter Schleicher zu ewigen Konflikten und Reibereien zwischen den beiden wirtschaftlichen Ministerien führten, die sich auch durch eine scheinbare Einigung in einem Konklave nicht beseitigen ließen. Der Standpunkt Eugenbergs, der mit der Interessenpolitik, die sich letzten Endes schädlich für alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten auswirken mußte, grundrührig brach, hatte, wie seine Arbeit in den fünf Monaten seiner Ministerverantwortung zeigte, für den Aufbau der deutschen Nationalwirtschaft seine grundsätzliche Berechtigung. Wenn jetzt die wirtschaftlichen Ministerien wieder in verschiedene Hände gelegt werden, so soll das natürlich kein Rückschritt in die Methoden des alten Systems sein. Das ergibt sich schon daraus, daß die beiden Minister sich infolge ihrer gemeinsamen nationalsozialistischen Welt- und Wirtschaftsanschauung nicht mehr wie die früheren Ressortminister als ausgesprochene Interessensvertreter fühlen, die noch dazu fast stets durch verschiedene parteipolitische Herkunft getrennt waren, sondern als Arbeiter an einem gemeinsamen Werk.

Zudem hat sich gezeigt, daß der Reichskanzler nicht nur mit kraftvoller Hand die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Aufgaben in seiner Hand vereinigt. Der Reichskanzler ist nicht mehr, wie in der Weimarer Zeit, Erster unter Gleichen, sondern wie in der Epoche Brüning und Schleicher der allein führende und verantwortliche Staatsmann, der in seiner Hand alle politischen und wirtschaftlichen Fäden vereinigt. Dementsprechend sind die Minister auch nicht mehr gleichberechtigte Mitarbeiter, und es würde dem Geist der neuen Zeit und dem Führerprinzip völlig widersprechen, ja es ist völlig unausdenkbar geworden, wenn die Kabinettsitzungen nach dem Charakter eines Parlaments im Kleinen mit Abstimmungen über die verschiedenen Vorschläge tagen würden, einschließlich der daraus folgenden Kabinettskrisen bei Gegensätzen, die sich nicht durch eines der sattem bekannten Kompromisse überwinden ließen. Heute bestimmt alle Aufgaben der Reichsregierung der Führer Adolf Hitler autoritativ. Er entscheidet mit höchster Verantwortlichkeit über die Durchführung der einzelnen Ressortvor schläge und dementsprechend auch über die Durchführung wirtschaftspolitischer Richtlinien. Der einzelne Minister ist dementsprechend auch keine selbständige politische Größe mehr, sondern gewissermaßen Ressortfachmann, der seinen Aufgabenbereich nach den großen Richtlinien, die in der Hand des Führers liegen, zu erledigen hat. Das soll natürlich nicht heißen, daß für die schöpferische Initiative des einzelnen Ministers kein Platz mehr wäre. Im Gegenteil: in dem Augenblick, in dem der Verkehrsminister nicht mehr, wie ein Beispiel zu nennen, sich auch mit allen Fragen der Außenpolitik oder eines Reichsschulgesetzes auf das eingehendste befassen muß, weil er im Ministerat darüber abzustimmen und dabei den Grundgedanken seiner Parteirichtung Rechnung zu tragen hat, die ihn ja nicht als Fachmann, sondern als ihren Vertrauensmann in allen Fragen ins Kabinett entsandt hat, wird gerade für wirkliche schöpferische Facharbeit dem Minister wieder die nötige Zeit, Ruhe und Konzentration zur Verfügung stehen. Wie notwendig dies in einer Zeit ist, in der die gewaltigen Schäden vierzehnjähriger parlamentarischer Mißwirtschaft beseitigt und Staat und Wirtschaft grundlegend neu aufgebaut werden sollen, braucht nicht besonders betont zu werden.

So steht also die personelle Trennung der wirtschaftlichen Ministerien durch den Rücktritt Eugenbergs nicht im Widerspruch mit den grundsätzlich richtigen Forderungen über die bisherigen Inhaber, sondern dieser Grundgedanke findet vielmehr mit der reiflichen Verwirklichung des Führerprinzips im totalen Staat seine endgültige Befestigung durch die überragende Stellung, die der Reichskanzler nunmehr innehat. Das Führerprinzip, das Eugenberg für den wirtschaftlichen Bereich der Regierungsgewalt zur Ver-